



BA VII 424

BA VII 424

Protokoll

der 77. Sitzung des Rates der Stadt am 30.9.1948, 8 Uhr

Frankfurt (Oder)

Anwesend: Oberbürgermeister Wegener, Bürgermeister Jentsch, die Stadträte: Schlüter, Gorsky, J. Schulze, Senkowski, Mallzahn, 5. OKL 1948, und Frau Schulz.

Entschuldigt fehlen: Stadtrat Dr. Jenner und Herr Martin.

- 1.) Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung und gibt einen Bericht des Finanzamtes über die Finanzlage bekannt.
Das Finanzamt soll einen genauen hieb- und stichfesten Plan bzw. Antrag aufstellen, der der Landesregierung vorgelegt werden soll.
Durch Rücksprache soll klargestellt werden, was nunmehr geschehen soll.
Im Antrag soll mit besonders herausgestellt werden, daß die blockierten Mittel für die Stadt freigestellt werden.
An alle Dienststellen soll die Aufforderung gerichtet werden, größte Sparsamkeit wälten zu lassen.
- 2.) Der Intendant Linke soll beauftragt werden, dem Rat der Stadt innerhalb von 14 Tagen zu erklären, ob er in der Lage ist, das Theater für die Dauer von 3 Monaten aus den Einnahmen selbst zu finanzieren.
Herr Linke wird zur nächsten Sitzung geladen.
- 3.) Der Antrag der Abteilung Finanzen betr. Verpachtung von Gelände des Lagerplatzes, Hafenstr. 5, an die deutsch-amerikanische Petroleumgesellschaft wird der Abteilung Wirtschaft zur Nachprüfung überwiesen, ob die Gesellschaft noch hier arbeiten darf.
- 4.) Der Rat der Stadt stimmt den beiden vorgelegten Pachtverträgen mit Herrn Bohner zu.
- 5.) Der Antrag Bohner auf Erstellung eines Betriebsgebäudes in der Fürstenwalder-Altstadtstraße soll vom Rat der Stadt befürwortet werden.
- 6.) Auf das Schreiben des Stadtbaurates vom 29.9. betr. Übernahme der Verantwortung für abzureichende Ruinen ist der Rat der Stadt der Ansicht, daß das Bauamt vor Abbruch den Besitzern mitzuteilen hat, daß ihre Ruinen bis zu einem bestimmten Zeitpunkt zu entfernen sind. Geschieht die Entfernung nicht, wird die Stadtverwaltung den Abbruch der Ruinen vornehmen. Das Bauamt soll, auch wenn die sofortige Beseitigung von Ruinen noch nicht geplant ist, mit den Besitzern in Verbindung treten, damit - wenn unvorhergesehene Fälle eintreten - sofort mit dem Abbruch begonnen werden kann.
Für die kommenden Solidaritätsaktionen sollen solche Ruinen abgerissen werden, die auf Grund des neuen Bebauungsplanes außerhalb der Fluchtlinien liegen.
- 7.) Auf den Antrag des Stadtbaurates vom 28.9.48 soll mitgeteilt werden, daß Leute nur eingestellt werden können, wenn die entsprechenden Mittel im Etat bereits vorhanden sind. Andere Mittel stehen nicht zur Verfügung.
- 8.) Von dem Schreiben des Bauamtes vom 29.9.48 betr. Schuttbeseitigung über der Gerichtshalle des alten Rathauses hat dem Rat der Stadt Kenntnis genommen.
- 9.) Auf das Schreiben des Bauamtes vom 28.9.48 betr. Kreide-Lieferung soll mitgeteilt werden, daß der Bedarf von Materialien bei dem Kreisplanungsausschuß anzumelden ist.
- 10.) Dem Bauamt soll auf den Antrag vom 28.9.48 betr. D'chpappenbeschaffung mitgeteilt werden, daß es ausgeschlossen ist, Altpapier nach Berlin zu liefern.
- 11.) Von dem Schreiben des Bauamtes vom 28.9.48 betr. Herrn Grob hat der Rat der Stadt Kenntnis genommen.
- 12.) Herrn Dr. Schröder soll auf sein Schreiben vom 29.9.48 mitgeteilt werden, daß weder der Oberbürgermeister, noch der Rat der Stadt irgendeinen Einfluß hat auf die Verteilung von Reifen. Die Reifenverteilung ist lediglich Sache des Verkehrsausschusses Frankfurt/Oder, der von der

der von der Stadtverordnetenversammlung eingesetzt ist.

- 13.) Der Rat der Stadt stimmt dem Vorschlag der Abteilung Wirtschaft zu, daß Herr Partz die Leitung der Abteilung Wirtschaftsplanung übernimmt.
- 14.) Von dem Schreiben des Kreisverbandes der LDP. betr. Glühlampen hat der Rat der Stadt Kenntnis genommen.
- 15.) Von dem Schreiben des Herrn Luft - Lessingstr. 11- hat der Rat der Stadt Kenntnis genommen. Eine Lockerung der Polizeiverordnung betr. Lagerung von Holz auf Hausböden wird abgelehnt.
- 16.) Von dem Schreiben der Abteilung Wirtschaft vom 28.9.48 und dem Schreiben des Gaswerkes vom 23.9.48 betr. Gaskontingente hat der Rat der Stadt Kenntnis genommen.
- 17.) Dem Gesundheitsamt soll auf das Schreiben vom 28.9.48 betr. Kreis- und Gemeindegewässern mitgeteilt werden, daß zurzeit Neubeinstellungen nicht vorgenommen werden dürfen.
- 18.) Der Rat der Stadt nimmt von der plötzlichen Abreise des Dr. Thiery Kenntnis. Das Gesundheitsamt soll aufgefordert werden, einen eingehenden schriftlichen Bericht dem Oberbürgermeister einzureichen, damit Stellung zu einem evtl. Strafantrag genommen werden kann.
- 19.) Für die Volkshochschule soll ein geeigneter Büroraum zur Verfügung gestellt werden.
- 20.) Bis zur Klärung der Finanzlage ist der Rat der Stadt zurzeit nicht in der Lage irgendwelches Geld auszugeben. Der Antrag der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion wird daher zurückgestellt.
- 21.) Bekanntgabe der Prüfungsergebnisse der Bürokasse der Abteilung Wirtschaft und des Informationsministeriums.
- 22.) Dem Gesundheitsamt soll mitgeteilt werden, daß der Rat der Stadt keine Handhabe hat, die Sachen von Dr. Nicolai zu beschlagnahmen.
- 23.) Als Mitglieder für die Kammer der Technik soll Herr Venth und Herr Lude vorgeschlagen werden.
- 24.) Der Rat der Stadt hat von dem Bericht über die bisher getroffenen Maßnahmen zur Schulspeisung Kenntnis genommen. Herr Bürgermeister Jentsch ist aufgefordert worden, bis zur nächsten Ratssitzung einen genauen Überblick über die Kosten der Schulspeisung zu geben. Den Lehrern soll gestattet werden, gegen Bezahlung der Selbstkosten an der Schulspeisung teilzunehmen.
- 25.) Die in dem Verzeichnis aufgeführten Gegenstände des Dr. Dege sollen zum Preise von Mk. 1.472, 65 gekauft werden.
- 26.) Dem Vorschlage des Gesundheitsamtes betr. Benennung der Kommissionsmitglieder zur Durchführung des Gesetzes über die Unterbrechung der Schwangerschaft wird zugestimmt mit der Maßgabe, daß für Dora Mithe und Ursula Schulze zwei andere Personen benannt werden.
- 27.) Dem Ankauf der 3 Bilder von Gerhard Steffen zum Preise von Mk 760,- wird zugestimmt.
- 28.) Der Rat der Stadt hat von dem Schreiben des Gesundheitsamtes betr. Krankentransport Kenntnis genommen. Der Rat ist der Ansicht, daß bis auf Weiteres die Krankentransporte durch die Feuerwehr auszuführen sind. Das Gesundheitsamt wird aufgefordert, die geschätzten Einnahmen zu gliedern und nachzuweisen.
- 29.) Der Rat der Stadt hat von dem Schreiben des Arbeitsamtes Kenntnis genommen und beschließt, eine Resolution zu verfassen, die von der Stadtverordnetenversammlung bestätigt wird. Die Resolution ist der Landesregierung und in Abschrift dem Arbeitsamt vorzulegen. Dem Arbeitsamt wird aufgegeben, in Zukunft keinerlei Arbeitskräfte mehr nach auswärts zu vermitteln, da die Arbeitskräfte hier zur Erfüllung des Befehls 209

dringend gebraucht werden. Herr Bürgermeister Jentsch wird mit der Erledigung beauftragt.

- 30.) Von dem Prüfungsergebnis des Statistischen Amtes wird Kenntnis genommen.
- 31.) Der Rat der Stadt ~~mit~~ lehnt mit Rücksicht auf die augenblickliche besonders schwierige Finanzlage den Antrag des Volkschors auf Zuschuß für ein Konzert des Kinderchors in Guben ab.
- 32.) Der Rat der Stadt nimmt von dem in der 42. Sitzung des Landtages beschlossenen Gesetz über die Geltendmachung von Ansprüchen aus öffentlichen Hoheitsmaßnahmen Kenntnis.
- 33.) Der Rat der Stadt stimmt dem vorgelegten Entwurf einer Ortsatzung betr. die Wirtschaftung von Geschäftsräumen in der Stadt Frankfurt/Stv. der Abteilung Wirtschaft zu.
- 34.) Der Rat der Stadt hat von dem Antwortschreiben des Herrn Dr. Jur. Moll Kenntnis genommen. Herrn Dr. Moll soll telegrafisch mitgeteilt werden, daß er sich am 14.10.48 hier vorstellen soll.
- 35.) Der Rat der Stadt beschließt, die Klamppflanzungen, die anlässlich der Oderlandschau in den Anlagen vorgenommen worden sind, von der Gärtnergenossenschaft käuflich zu erwerben. Der Betrag von Mark 1.917, 50 soll aus Titel 211 entnommen werden.
- 36.) Der Rat der Stadt stimmt dem Antrag der Firma Falk, die Räume bis 15.11.48 benutzen zu können, zu. Bis dahin wird wahrscheinlich die Übergabeurkunde des Grundstücks bei dem Rat der Stadt vorliegen, so daß dann über die Weiterverwendung des Grundstücks beschlossen werden kann.
- 37.) Der Rat der Stadt stimmt dem Antrage des Kohlenamtes, Mark 55,-- aus Haushaltsmitteln für die Außen- und Innenfirmierung zu entnehmen, zu.
- 38.) Die Angelegenheit Zickelbein,/. Taxi-Union wird nach Vertrag auf einstimmigen Beschluß der Staatsanwaltschaft übergeben.
- 39.) Der Antrag des Tischlermeisters Richard Krüßner wird vom Rat der Stadt einstimmig abgelehnt mit der Begründung, daß bei der starken Konzentration der Holzverarbeitenden Industrie und auch des Holzverarbeitenden Handwerks eine weitere Zulassung infolge Materialknappheit nicht möglich ist. Die Maschinen sollen auf Grund des Anforderungsgesetzes in den eingeplanten Betrieben gegen Pacht- oder Leihgebühr zur Nutzung kommen. Mit Rücksicht auf das Alter des Antragstellers kann auch mit einer intensiven Annutzung des Betriebes bei Einplanung nicht gerechnet werden.
- 40.) Der Oberbürgermeister gibt bekannt, daß Herr Dr. Jenner mit dem heutigen Tage sein Amt als Stadtrat niedergelegt hat, und daß Herr Mallahn ebenfalls sein Amt niederlegt.

Schluß der Sitzung: 12, 45 Uhr.

Der Oberbürgermeister

Die nächste Sitzung des Rates der Stadt findet am Donnerstag, den 7.10.48, 8 Uhr im Rathaus statt.

Der Oberbürgermeister



Herrn Stadtrat Groppe

Vfg:

- 1) Von dem Beschlusse zu Pos.1 ist direkte Mitteilung des Herrn Oberbürgermeisters ergangen.
- 2) Von den Beschlüssen zu den Pos.2, 7, 20, 25, 27, 31, 35 u.37 sind Auszüge für die Amt Haushalt gefertigt worden.
- 3) Von den Beschlüssen zu den Pos. 3, 4, 5 u.36 sind Auszüge für die Amt Kommunale Wirtschaft gefertigt worden.
- 4) Z.d.A.

Frankfurt-Oder, den 6.Septbr.1948.

Platzamt.

[Handwritten signature]



DER RAT DER STADT FRANKFURT-ODER

ABTEILUNG V - FINANZEN
STADTKAMMERER

Gesch.-Z.
Bei Antwort bitte angeben



(2) FRANKFURT-ODER, den
Halbe Stadt 20
FERNRUF 851-853

3. September 1948.

Herrn
Oberbürgermeister W e g e n e r
zur Weiterleitung an den
Rat der Stadt
hier.

Betr.: Stadttheater.

Die wirtschaftliche Entwicklung des Stadttheaters seit der Übernahme der Leitung desselben durch Herrn Intendant L i n k e hat mich schon vor Monaten veranlasst, eine Überprüfung der Umstände vorzunehmen, die die Ursachen der Nichteinhaltung des Haushaltsplanes bilden. Für das Stadttheater ist in dem Haushaltsplan der Stadtverwaltung ein Jahresszuschuss von 86.000,- DM veranschlagt. Die besonderen Umstände (der frühere Intendant Herr Amus-Bach hatte s.Zt. z.T. unter Vertragsbruch sein gesamtes Ensemble nach Brandenburg mitgenommen), unter denen Herr Linke den Theaterbetrieb durch Einstellen neuer Kräfte unter großen Schwierigkeiten aufbauen musste, hatten uns veranlasst, ihm eine gewisse Anlaufzeit zuzubilligen. Infolgedessen mussten die Einnahmen gegenüber dem Voranschlag zurückbleiben. Wir hatten jedoch gehofft, dass nach dieser zugebilligten Anlaufzeit sich die Verhältnisse sehr bald günstiger gestalten würden, zumal Herr Linke bei seinem Amtsantritt erklärt hatte, nicht nur im Theater, sondern vor allem auch auf der Freilichtbühne und evtl. auch in der Aula der Schule in der August-Bebel-Straße zu spielen. Als die Dinge aber nicht so liefen, wie wir es erhofften, haben wir verschiedentlich versucht, durch eine persönliche Aussprache mit Herrn Linke die Dinge zu klären. Da Herr Linke unserer wiederholten Aufforderung, zu einer Besprechung zu uns zu kommen, nicht nachkam, haben wir den Abteilungsleiter für den Haushalt, Herrn Meyer, zur Besprechung zu ihm ins Theater mit dem Auftrage geschickt, nun endlich einmal einen Wirtschaftsplan unter Berücksichtigung der nunmehr veränderten Lage vorzulegen, wobei wir ihn nochmals auf die Einhaltung des für das Jahr 1948/49 festgesetzten Haushaltsplanes aufmerksam machen ließen. Herr Linke hat daraufhin einen Wirtschaftsplan aufgestellt, in dem er einen Zuschuss von ca. 145.000,- DM verlangte. Bei den im Anschluss daran geführten Verhandlungen haben wir erklärt, dass eine Erhöhung des Zuschusses über den im Haushaltsplan festgesetzten Betrag von 86.000,- DM hinaus nicht in Frage kommen könne, da uns Mittel hierfür nicht zur Verfügung stünden.

Bei der Überprüfung der inzwischen vom Stadttheater benötigten Mittel haben wir nun festgestellt, dass Herr Linke sich im großen und ganzen an die für die Ausgaben festgesetzten Beträge gehalten hat, dagegen die gleichseitig veranschlagten Einnahmen nur zu etwa 50 % erreichte. In einer vor mehreren Wochen daraufhin von uns mit Herrn Linke, Herrn Stadtschulrat Kant und den Sachbearbeitern des Amtes Haushalt und des Rechnungsprüfungsamtes abgehaltenen Besprechung ist versucht worden, den Ursachen des Rückganges der Einnahmen des Stadttheaters auf den Grund zu kommen, wobei wir Herrn Linke gegenüber unser Befremden darüber zum Ausdruck bringen mussten, daß er entgegen seiner anfänglichen Zusage bisher nur im Stadttheater gespielt und andere Spielmöglichkeiten (Freilichtbühne und Schule August-Bebel-Straße) und damit eine bessere wirtschaftliche Ausnutzung des Stadttheaters leider nicht wahrgemacht hat. Herr Linke versuchte, durch den Hinweis auf kulturpolitische Rücksichten, ungünstige Witterungsverhältnisse

3 bzw.

bezw. auf die infolge der Währungsreform eingetretene Verknappung der Geldmittel unsere Einnahmen zu entkräften. Die Aussprache zeigte uns jedoch, daß nicht nur die von Herrn Linke angeführten Gründe allein die Ursache bilden, sondern eine gewisse Ablehnung des Theaters von Seiten des Publikums wohl nicht zuletzt in der Spielplan-Gestaltung zu suchen ist. Aus diesem Grunde wurde von Herrn Schulrat Kant und dem Unterzeichneten beschlossen, den Theaterausschuss und Vertreter der Parteien sowie der größeren Organisationen zu einem Aussprache-Abend über diese Dinge zusammenzuberufen, der am 6.d.M. im Volksbildungsamt stattgefunden hat. Ein ausführlicher Bericht wird vom Volksbildungsamt vorgelegt werden, der gleichzeitig ein Programm enthält, in welcher Weise wir glauben, eine Besserung der Verhältnisse im Stadttheater herbeizuführen.

Der Mückgang der Einnahmen des Stadttheaters hat dazu geführt, dass dasselbe von dem für das ganze Rechnungsjahr vorgesehenen Zuschuss von 86.000,- DM bis jetzt bereits 83.000,- DM verbraucht hat. Hiervon kommen noch etwa 13.000,- DM unbezahlte Rechnungen, von denen allein etwa 8.000,- DM aus Rechnungen z.T. vom April und Mai d.J. stammen, die durch Nachlässigkeit des Miros des Stadttheaters erst nach der Währungsreform zur Bezahlung vorgelegt wurden.

Um unserem Stadttheater eine wirtschaftliche Erleichterung zu schaffen, haben wir in den vergangenen Monaten wiederholt durch persönliche Vorstellungen bei dem Amt für Volksbildung in Potsdam Anträge auf Dotationen gestellt, die sich infolge der durch die Währungsreform hervorgerufenen Umstände von Woche zu Woche verzögert haben. Erst vor wenigen Tagen ist es uns gelungen, einen Zuschuss von 20.000,- DM zugesagt zu erhalten.

Dem Stadttheater stehen demnach für das Rechnungsjahr 1948/49 außer den im Etat vorgesehenen	=	86.000,- DM
der Zuschuss der Regierung von	=	20.000,- "
	Zusammen	= 106.000,- DM
sur Verfügung, wovon das Stadttheater bereits	83.000,- DM	
und unbezahlte Rechnungen im Betrage von	13.000,- "	96.000,- "
bis jetzt benötigt hat, sodass für die restlichen Monate des Rechnungsjahres nur noch		10.000,- DM

verbleiben.

Wenngleich zu erhoffen ist, dass im Winterhalbjahr mit einem besseren Besuch und damit mit einer Besserung der Wirtschaftslage gerechnet werden kann, so dürften jedoch die restlichen 10.000,- DM nicht ausreichen, um das Stadttheater bis Ende dieses Rechnungsjahres finanzieren zu können.

Die vom Stadttheater benötigten Zuschüsse haben wir bisher aus den Überschüssen der Kinos finanziert. Die Entwicklung der Kinos in der letzten Zeit hat jedoch gezeigt, dass aus mancherlei Gründen auch deren Einnahmen zurückgegangen sind. Inzwischen eingeleitete Maßnahmen dürften eine Besserung der Lage in absehbarer Zeit herbeiführen, jedoch ist es unwahrscheinlich, dass Überschüsse in der Höhe erreicht werden, wie sie das Stadttheater an Zuschüssen benötigt.

Infolgedessen bitten wir den Rat der Stadt

um eine Beschlussfassung über die Höhe des Betrages, den wir vorstehend für die Aufrechterhaltung des Stadttheaterbetriebes im bisherigen Umfang bis Ende des Rechnungsjahres zahlen dürfen,

wobei wir vorausgesetzt werden muss, dass sich diese Mittel im Laufe des Jahres bei anderen Einzelplänen einsparen lassen und durch Verlagerung dem Stadttheater zur Verfügung gestellt werden können.


Stadtkämmerer.

